

ANFORDERUNGEN AN POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Wir als katholische Landjugendliche leben gerne auf dem Land, haben dort unsere Heimat und möchten diese für die Zukunft lebenswert gestalten. So appellieren wir an die Koalitionsverhandlungspartner, sich mit uns gemeinsam für die Belange junger Menschen in ländlichen Räumen weltweit und für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Die Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft und besonders eine gleichwertige Behandlung von Stadt und Land müssen verbessert und die Lebensgrundlagen für künftige Generationen erhalten werden. Dabei sind unsere Handlungen und unsere Partnerschaftsarbeit als katholischer Jugendverband solidarisch auch auf globale Bezüge ausgerichtet.

Jugendbeteiligung

Jugendliche müssen gezielter angesprochen und auf allen politischen Ebenen einbezogen werden. Politik muss für junge Menschen verständlich sein und diesen Mitbestimmungsmöglichkeiten gewähren. Obwohl viele politische Themen gerade für junge Menschen relevant sind, werden diese bei wichtigen Entscheidungen übergangen. Das muss sich ändern: Die Nutzung neuer Medien kann den Zugang zur Politik für Jugendliche erleichtern, verständlich darstellen und neue interaktive Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Gleichzeitig muss eine politische Vertretung von Jugendlichen in den unterschiedlichen Gremien gesetzlich garantiert sein. Die Strukturförderung der Jugendverbandsarbeit leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass junge Menschen selbst aktiv werden und ihr vermeintlich geringes politisches Interesse geweckt wird, sodass diese Förderung ausgebaut werden muss.

Nachhaltige Landwirtschaft

Landwirtschaft bringt einen entscheidenden Mehrwert für unsere Gesellschaft, sorgt für unser aller Ernährungsgrundlage, für die Landschaftspflege und die kulturelle Fortentwicklung unserer dörflichen Strukturen. Die Stärkung der Verbindung von Landwirtschaft und VerbraucherInnen ist daher genauso entscheidend wie die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft. Dazu müssen zum einen die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft verbessert werden: Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen – auch zur Biomasseproduktion und zu Forschungszwecken – muss verboten bleiben und die langfristige Bodenfruchtbarkeit nachhaltig gesichert werden. Außerdem müssen die vielfältigen heimischen Arten, das Saatgut und die artgerechte Tierhaltung gefördert werden. Zum anderen sind regionale Wirtschaftskreisläufe und eine starke 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zu unterstützen.

Klimaschutz

In einem Nationalen Klimaschutzgesetz muss die Bundesregierung verbindliche Emissionsziele und die Wege, um diese zu erreichen, festlegen. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien beinhaltet dies auch die Reduktion des Kohleanteils an der Energieerzeugung sowie die Steigerung der Energieeffizienz. Um die EU-Klimaziele zu erreichen – den Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, die CO₂-Emissionen zu verringern und den Energieverbrauch zu reduzieren – muss die deutsche Bundesregierung sich auf europäischer Ebene für eine ambitionierte Umsetzung dieser Ziele einsetzen. Deutschland muss als größte europäische Wirtschaftsnation seiner Verantwortung gerecht werden und dafür sorgen, dass der Emissionshandel reformiert und die Anzahl der Zertifikate dauerhaft reduziert wird. Zudem gilt es, die Finanztransaktionssteuer endlich umzusetzen und die daraus resultierenden Einnahmen ausnahmslos für die Armutsbekämpfung und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowie den Klimaschutz einzusetzen.



Energiewende

Die Energiewende ist eine notwendige Voraussetzung, um die Herausforderungen des Klimawandels zu begrenzen und eine lebenswerte Umwelt für künftige Generationen zu erhalten. Deshalb darf die Energiewende nicht gebremst werden. Dazu muss der Energiemarkt den Erfordernissen eines stetig steigenden Anteils erneuerbarer Energien angepasst werden. Um die Kosten für Privathaushalte zu reduzieren, ist die Zahl der Unternehmen, die von der EEG-Umlage befreit sind, zu reduzieren.

Infrastruktur ländlicher Räume

Der Zugang zu schnellem Internet ist Bestandteil infrastruktureller Grundversorgung und ist als Bürgerrecht aufzunehmen. Um die Chancengleichheit zu gewähren, müssen deshalb Verkehrs- und Dateninfrastruktur in städtischen und ländlichen Regionen mit gleicher Priorität ausgebaut werden. Weiterhin ist es unerlässlich, Anreize zur Niederlassung von LandärztInnen zu schaffen, um eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Bildungsangebote sind wohnortnah unter Berücksichtigung vielfältiger Unterrichtsformen zu gewährleisten. Ferner sind Anreize für Unternehmen zu schaffen, qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze in ländlichen Räumen auszubauen.

Mobilität

Um die Attraktivität ländlicher Räume zu stärken, ist die Entwicklung innovativer nachhaltiger Mobilitätsformen entsprechend der regionalen Bedürfnisse notwendig. Der Umbau des ÖPNV zu einem flexibleren System einschließlich des Ausbaus des Schienenverkehrs ist ebenso notwendig wie ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und eine verbrauchsbezogene Autobahnmaut. Die Subventionen des Luftverkehrs wie zum Beispiel die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge müssen abgeschafft und auf internationaler Ebene die konsequente Einführung einer Luftverkehrssteuer durchgesetzt werden.

Entwicklungspolitik

Die Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer gerechteren Welt. Kernanliegen der Entwicklungspolitik muss es sein, Armut und Hunger in der Welt zu beseitigen. Die von der Regierung lange versprochenen 0,7 Prozent des BIP müssen zuverlässig für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Spekulationen mit Nahrungsmitteln, agrarischen Rohstoffen und großflächigen Landaneignungen sind ein Grund für Hunger weltweit und müssen verboten werden. Eine neue Bundesregierung muss deshalb jede Möglichkeit nutzen, sich für ein solches Verbot einzusetzen.

Öko-faire Beschaffung

Öffentliche Einrichtungen haben eine Vorbildfunktion und müssen deshalb die Einhaltung von Menschenrechten und den schonenden Umgang mit Ressourcen fördern. Die öko-faire Beschaffung muss deshalb auf Bundes-, Landes und Gemeindeebene in allen Einrichtungen selbstverständlich sein. Dazu zählen zum Beispiel regionale und saisonale, Bio- und/oder faire Lebensmittel, energiesparende Technik, zertifizierter Bürobedarf, faire Dienstkleidung aus Biobaumwolle oder Recyclingfasern ebenso wie Ökostrom und Elektromobilität. Es gilt daher, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die entsprechende Mindeststandards setzen.

Geschlechtergerechtigkeit

Im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit ist es wichtig, dass Führungsgremien in Unternehmen gleichermaßen von Männern und Frauen zu besetzen sind. Zudem müssen geschlechterunabhängig die Arbeitsbedingungen familienfreundlich gestaltet werden und Arbeit nach Qualifikation und Leistung vergütet werden.

Flüchtlingspolitik

Als junge Menschen haben wir das Bewusstsein, dass die Flüchtlingsproblematik immer dramatischer wird und uns noch über mehrere Generationen beschäftigen wird. Langfristig müssen die Kapazitäten für das Suchen und Finden von Lösungsansätzen in der Flüchtlingspolitik ausgebaut werden. Damit muss nun innerhalb Deutschlands und auch unter Einflussnahme auf die europäische Politik begonnen werden.